

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Messefragen

Der *Schweizerische Bankverein* publizierte vor kurzem in seinem Bulletin Nr. 3/1957 einen Artikel «*Mustermessen und schweizerische Volkswirtschaft*», der wegen seines Aufbaus und wegen der objektiven Einstellung, die er dem behandelten Problem entgegenbringt, alle Beachtung verdient. Nach einer Einleitung über Begriff und Entstehung der Mustermesse, nach einem Abschnitt über die wirtschaftlichen Funktionen der Messen im allgemeinen, wobei sowohl die Seite des Angebotes wie die Seite der Nachfrage gründlich dargelegt und umfassend beleuchtet wird, wendet sich der Artikel im besonderen den Mustermessen in der Schweiz zu. Hier verdienen nun einige Umstände und Daten hervorgehoben zu werden. Bis in den ersten Weltkrieg hinein war die Leipziger Messe die einzige Mustermesse. Der Krieg führte zu dem Bestreben, die Monopolstellung Leipzigs zu brechen, und so entstanden die Messen von Lyon, Paris, London, Birmingham und andere. Am 15. Juli 1916 erfolgte die offizielle Gründung der Schweizer Mustermesse und im Frühjahr 1917 fand die erste Messeveranstaltung statt. Sie war und blieb eine ausgesprochene Mehrzweckmesse, an der sich grundsätzlich sämtliche Industrie- und Gewerbebranchen beteiligen sollten. Inmitten der Kriegsjahre entstanden, betrachtete man die nationale Grundlage der Messe als selbstverständlich; ausländische Produkte wurden deshalb streng ausgeschlossen.

Von Anfang an sah man voraus, daß die Basler Messe nicht die einzige bleiben werde. Lausanne erhob ursprünglich den Anspruch, die Schweizer Mustermesse abwechselnd mit Basel jedes zweite Jahr zu beherbergen. Der Wunsch wurde abgelehnt, und Lausanne gründete im Jahre 1920 das «Comptoir Suisse», welches gemäß einer Vereinbarung mit den Baslern in erster Linie als Messe der Landwirtschaft und der Nahrungsmittel-Industrie aufgezogen wurde. Es folgten später die «Fiera» in Lugano und die «Olma» (Schweizer Messe für Land- und Milchwirtschaft), in den Jahren 1937 die erste und 1943 die zweite. Damit ist für heute der Kreis der sogenannten anerkannten nationalen Messen geschlossen. Die beiden zuletzt genannten Messen reichen bei weitem nicht an die Bedeutung der Schweizer Mustermesse und des Comptoir heran; sie sind weitgehend von regionalem Interesse, indem die Olma besonders den Dienst an der ostschweizerischen Landwirtschaft im Auge hat, während die Fiera die Propagierung tessinischer Eigenart in den Vordergrund stellt und, so darf man wohl über die Meinung des zitierten Artikels hinaus sagen, in der Hauptsache der Förderung des Fremdenverkehrs dient.

Ursprünglich waren die Messen alle vorwiegend auf den Binnenmarkt ausgerichtet; im Laufe der Entwicklung, insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg, nahm die Basler Veranstaltung immer mehr und in vielen Branchen den Charakter einer Exportmesse an. Damit stellte sich aber unmittelbar das Problem «Ausstellung oder Markt?». Die Besucher der als nationale Leistungsschau gedachten Messe wurden von Jahr zu Jahr zahlreicher, womit aber die ausgesprochenen direkten Interessenten unter ihnen zu

kurz kamen, was wieder viele Aussteller nicht befriedigte. Deshalb wurde das System der Geschäfts- oder Einkäufertage eingeführt, welche mit ihren erhöhten Eintrittspreisen den Zustrom des Publikums etwas eindämmen. Ganz befriedigend ist aber diese Lösung nicht. So wurde in den betroffenen Wirtschaftskreisen der Gedanke der Gründung von Spezialausstellungen und Fachmessen erwogen, Ausstellungen, welche die Sammlung eines speziellen Angebotes oder die Herausstellung einer bestimmten Wirtschaftsgruppe im Rahmen von Sonderveranstaltungen bezwecken.

Viel zu reden gab seit langem bei der Basler Mustermesse das Problem der Internationalisierung. Dieser Gedanke, also das Abgehen von der streng nationalen Grundlage, ist im wesentlichen auf den ehemaligen Messedirektor Prof. Th. Broglio zurückzuführen, der damit die freihändlerische Auffassung vertrat. Trotzdem sich weitere Kreise für die Internationalisierung einsetzten, ist es wegen der Opposition aus den Kreisen der Exportindustrie nicht dazugekommen, und der Bericht bemerkt, daß die bisherige, in jeder Beziehung günstige Entwicklung der Schweizer Mustermesse die Beibehaltung ihres nationalen Charakters zu rechtfertigen scheine. Hier reden die Zahlen eine klare Sprache: so wurde die diesjährige, 41. Schweizer Mustermesse von 2300 Ausstellern beschickt und von schätzungsweise 700 000 Personen besucht. Immerhin haben sich die vier nationalen Messen auf einen beschränkten Zutritt des Auslandes grundsätzlich geeinigt, indem es ihnen freigestellt ist, in ihre Veranstaltungen offizielle ausländische Beteiligungen aufzunehmen. Von dieser Möglichkeit haben bisher nur das Comptoir Suisse und die Fiera in Lugano Gebrauch gemacht. Neuerdings hat aber auch in Basel der Gedanke einer internationalen Messe Gestalt angenommen, allerdings unabhängig von der Schweizer Mustermesse. Die Stadt ist nämlich als Standort einer permanenten internationalen Industriemesse, die «Permindex», in Aussicht genommen, welche sich vor allem die Förderung des Handels mit Konsumgütern aus der ganzen Welt zum Ziele setzen soll.

Ein besonderes Kapitel in der aufschlußreichen Publikation des Schweizerischen Bankvereins ist dem Problem «Die Aufblähung im Messewesen» gewidmet. Es wird ausgeführt, daß das Comptoir Suisse in Lausanne sich im Laufe der Jahre immer mehr auf Wirtschaftszweige ausgedehnt habe, die mit den ursprünglichen Zielen, also mit der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie, kaum mehr Berührung aufweisen. So ist das Comptoir zu einer Messe mit allgemeinem Charakter geworden. Auch die beiden anderen nationalen Messen, die Olma und die Fiera, sind bestrebt, ihren regionalen, bzw. landwirtschaftlichen Charakter zu sprengen. Zweifellos hat diese Entwicklung für die Aussteller gewisse Nachteile, denn, so sagt der Bericht, sich von gewissen Messen fernzuhalten, ist für die meisten Verkäufer leichter gesagt als getan. Vor allem besteht eine gewisse Gefahr, daß die Klein- und Mittelbetriebe benachteiligt werden, weil sie mit der Entwicklung nicht Schritt zu halten vermögen. Die Publikation kommt aber zu dem Ergebnis, daß es schwer halten würde, dem Aufkommen sich konkurrenzierender Messen Einhalt zu gebieten, weil mit solchen Veranstaltungen oft auch außerwirtschaftliche Ziele verfolgt werden, wie das Streben nach vermehrtem regionalem Prestige, der Wunsch nach Entfaltung des Fremdenverkehrs und des lokalen Wirtschaftslebens überhaupt. Dagegen sollte in das Messewesen, so sagt der Artikel, eine gewisse Ordnung gebracht werden, und zwar einmal allgemein, aber auch unter den vier Landesmessen, wo beispielsweise die Frage der Branchenabgrenzung ungelöst und ein zweckmäßiger Terminkalender noch nicht aufgestellt ist. Im übrigen gelte es, so sagt die Publikation, die Veranstaltungen auf lokaler und regionaler Ebene in den richtigen Proportionen zu halten.

Der Artikel geht also mit Recht davon aus, es sei im Messewesen eine gewisse Ordnung zu schaffen, während man grundsätzlich der Veranstaltung regionaler Messen und Ausstellungen nicht entgegengetreten könne, wenn sie sich in einem bestimmten Rahmen halten. Tatsächlich bestehen außer den vier allgemeinen, nationalen Messen bereits verschiedene regionale Veranstaltungen. Hier wäre einmal zu erwähnen die *BEA*, die bernische Ausstellung, die sich schon seit mehreren Jahren jeweils mit einer speziellen Schau befaßt und die nun Pläne für die Erstellung eines permanenten Messe- und Ausstellungsgeländes entworfen hat, wofür sie die Förderung durch den Kanton und die Stadt Bern erfährt. In Chur ist als Mittel zur Förderung von Handel, Industrie und Gewerbe eine «Handels-, Industrie- und Gewerbeausstellung» gegründet worden, die dieses Jahr erstmals unter dem Namen *HIGA* eine werbende Schau veranstaltet hat. Neben solchen regionalen Ausstellungen ist man neuerdings dazu übergegangen, Fach- und Spezialausstellungen durchzuführen, also Ausstellungen, die sich einer bestimmten Branche oder einer ganz bestimmt abgegrenzten wirtschaftlichen Aufgabe widmen. Solche Ausstellungen, wenn sie in festgelegter thematischer Begrenzung und zu Terminen durchgeführt werden, welche die bestehenden nationalen Messen nicht stören, können zweifellos eine bedeutende Aufgabe erfüllen.

In diesem Rahmen dürfte der «*Genossenschaft Zürcher Spezialausstellungen*» eine besondere Position zukommen. Gegründet im Jahre 1945, hat diese Genossenschaft seit mehreren Jahren jeweils im Herbst eine regional bestimmte «Industrie- und Gewerbeausstellung» durchgeführt, die mit einem beschränkten Raum auskommen mußte. Die Genossenschaft geht nunmehr dazu über, periodisch Fach- und Spezialausstellungen zu veranstalten, die sich auf bestimmte Warenkategorien, Branchen und Wirtschaftskreise beschränken und für die Fachleute wie auch für ein weiteres Publikum interessant sind. Es handelt sich also nicht darum, eine weitere nationale Messe durchzuführen, welche die bereits bestehenden Veranstaltungen konkurrenzieren könnte. Dagegen besteht offenbar die Absicht, eine gewisse Internationalisierung anzustreben, dem Gedanken also praktischen Ausdruck zu geben, der seinerzeit in Kreisen der Schweizer Mustermesse erwogen wurde, sich in diesem Rahmen aber nicht in die Tat umsetzen ließ. Es handelt sich so um eine ähnliche Idee, wie sie in Basel die Gründung der «PermindeX» bestimmt. Als erste Veranstaltung mit einer in diesem Sinne beschränkten Aufgabe hat die «Genossenschaft Zürcher Spezialausstellungen» unter der initiativen Leitung ihres Direktors, *H. U. Fröhlich*, vor kurzem eine «*Schweizerische Importausstellung*» durchgeführt, die aus den Kreisen des Importhandels auffallend stark beschickt war, indem auf ca. 10 000 m² Ausstellungsfläche 170 Importeure die Produkte von 480 ausländischen Firmen aus 30 Ländern ausstellten. Es war dies die erste Ausstellung dieser Art in unserem Lande, welche sowohl Investitions- wie Produktionsgüter, technische Bedarfsartikel und Konsumgüter für den täglichen Bedarf umfaßte. Der starke Besuch der Ausstellung hat bewiesen, daß sie in weiteren Kreisen Beachtung gefunden hat.

Es liegt im Interesse der ausstellenden Kreise, wenn eine gewisse Abgrenzung und Koordination der Tätigkeitsgebiete innerhalb der Schweiz erfolgt. Diesen Weg will die «Genossenschaft Zürcher Spezialausstellungen» beschreiten, indem sie ihre Tätigkeit von den Aufgaben unserer vier nationalen Messen streng abgrenzt und sich, neben der traditionellen Herbstschau, auf die Durchführung spezieller Fachausstellungen in dem angedeuteten Sinne konzentriert. Zur Erreichung dieses Zieles genießt sie die Unterstützung der kantonalen und städtischen Behörden; die Behebung der zur Zeit noch bestehenden Raumnot ist ihr zugesichert.

Bericht aus Westdeutschland

Konrad Adenauer stellt die Weichen

Ein Wahlkampf in dem die Regierung aggressiv wird und die Opposition sich in der Defensive befindet

Ein Blick auf die Ergebnisse der Bundestagswahl zeigt deutlich, wohin der Trend der Entwicklung in der Bundesrepublik geht, nämlich zum Zwei-Parteien-System, also zur Ausschaltung der kleineren Parteien.

Bei den ersten Bundestagswahlen im Jahre 1949 zogen noch elf Parteien ins Parlament ein. Bis zu den nächsten Wahlen, 1953, blieben sechs von ihnen auf der Strecke, und zwar die Bayernpartei mit 17 Abgeordneten, das Zentrum mit 10, die Wirtschaftliche Wiederaufbau-Vereinigung (WAV) mit 12 Sitzen, die DRP mit 5 und die Kommunisten mit 15 Mandaten. Genau wie die Bayernpartei in Bayern überlebten die Kommunisten in einigen Länderparlamenten bis zum Verbot der Partei durch das Karlsruher Bundesverfassungsgericht im August 1956, aber im Bonner Bundeshaus saßen schon seit 1953 keine Kommunisten mehr.

Zur Wahl 1957 treten auf Bundesebene folgende Parteien an (in Klammern die Anzahl ihrer derzeitigen Sitze, ohne Saar):

CDU	250	Sitze	
SPD	151	„	
FDP	34	„	
BHE	18	„	
DP	32	„	(DP 17, FVP 15)

Schließlich kandidiert auch noch die Föderale Union, ein Zusammenschluß von Bayernpartei und Zentrum, die nur deshalb eine Chance hat, weil die SPD ihr vier Wahlkreise in Bayern überlassen hat.

Ob alle diese fünf beziehungsweise sechs Parteien in das neue Parlament von 1957 einziehen werden, ist noch fraglich; es könnte sein, daß der BHE (die Flüchtlingspartei) die Fünfprozent-Klausel nicht überspringt, und es steht auch noch nicht fest, ob die FDP (die Liberale Partei) fünf Prozent aller Wählerstimmen erreichen wird. Nach § 6 des Bundeswahlgesetzes von 1956 kann nämlich eine Partei nur dann in das Bonner Parlament einziehen, wenn sie entweder fünf Prozent aller gültig abgegebenen Wählerstimmen auf sich vereinigt oder wenn sie drei Direktmandate erkämpft.

Immer mehr Bürger wählen immer weniger Parteien

Die Tendenz zum Zweiparteien-System kommt nicht nur in der abnehmenden Anzahl der Parteien zum Ausdruck, sondern auch in der zunehmenden Zahl der Wähler, die sich für die beiden großen Parteien entscheiden. Für die CDU und die SPD stimmten 1949 60 v. H., 1953 75 v. H. Die demoskopischen Institute weisen im August 1957 folgende Schätzungen auf: 80 bis 85 v. H.

Als wir das letzte Mal im Mai hier über die Wahlaussichten berichteten, stellten wir fest, daß während Ende 1956 zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik die SPD so stark zugenommen hatte, daß beide großen Parteien so etwa Kopf an Kopf lagen (vielleicht die SPD sogar stärker im Kommen schien), im Frühling 1957 diese Entwicklung absolut rückläufig war. Schon im Mai sagten wir (damals allerdings noch im Gegensatz zu fast allen Beobachtern) einen Sieg der CDU voraus. Inzwischen ist diese Entwicklung offenkundig geworden. Die Wetten in Bonn lauten zur Zeit SPD 38 v. H., CDU 45 v. H.

Der Grund hierfür ist, daß, je näher der Termin der Entscheidung kommt, desto bedenklicher erscheint es vielen Wählern, das von Adenauer und der Regierung Erreichte — vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet Erreichte — leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Deutlich ist dies an der SPD-Propaganda zu erkennen, die das Bedürfnis der Wähler nach Sicherheit und Wohlstand ebenfalls erkannt hat.

Auf wirtschaftlichem Gebiet fällt bei der SPD kein Wort mehr gegen die Marktwirtschaft; von Sozialisierung spricht kein Mensch. Im Gegenteil heißt es: «Wir Sozialdemokraten fordern eine freie wirtschaftliche Entwicklung, freien Wettbewerb und ein dem Gemeinwohl verpflichtetes privates Eigentum.»

Am erstaunlichsten ist der Wandel der SPD-Wahlplakate. Bis vor kurzem lautete die Propaganda: «Gegen die Wehrpflicht, darum SPD!» oder «Gegen den Atomkrieg — SPD». Jetzt, in der letzten Phase des Wahlkampfes, tauchen überall neue Plakate auf, die im Stil der «Gartenlaube» oder des «Daheim» vereintes Familienglück im Bilde darstellen: Vater, Mutter, Kind gutbürgerlicher Prägung und Kleidung mit der Unterschrift: «Sicherheit für alle». Oder eine ganze Galerie Frauenköpfe, strahlende Gesichter, teils mit Intellektuellenbrille, Typ höherer Mittelstand oder Akademikerinnen, darunter steht: «Diesmal SPD». Eine irgendwie revolutionär geartete Note ist nirgends mehr zu entdecken.

In der Zwickmühle zwischen radikal und bürgerlich

Die Propaganda ist für die Sozialdemokraten nicht leicht: auf innenpolitisch-wirtschaftlichem Gebiet müssen sie einerseits beteuern, daß sich nichts ändern werde (um die bürgerlichen Wähler nicht zu erschrecken), andererseits, daß alles anders und sehr viel besser werden würde (um die radikalen Wähler zu befriedigen). Außenpolitisch ergeht es ihnen nicht viel besser. Sie müssen beweisen, daß sie als Partner für den Westen nicht unzuverlässiger sind als des Kanzlers CDU, indem sie immer wieder betonen, sie hielten sich an die Verträge gebunden (*pacta servanda sunt!*) andererseits müssen sie aber auch ihre alte Forderung, mit der sie viele unzufriedene Neutralisten gewonnen haben, immer wieder von neuem betonen: Abbau der Paktsysteme, Abrüstung, Entmilitarisierung, Sicherheitspakt.

Nicht viel besser ergeht es der FDP, die im Februar 1956 aus der Regierungskoalition ausgebrochen und in die Opposition gegangen ist. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Ausgang der Wahl das Geheimnis zu hüten, mit welcher der beiden großen Parteien sie sich nachher eventuell koalieren werde. Infolgedessen sieht sie sich genötigt, ganz systematisch stets beide anzugreifen. Einem Angriff auf die CDU folgt (aus Sorge für antibürgerlich zu gelten) auf dem Fuß eine Auseinandersetzung mit der SPD über die Wehrpflicht. Dieser Kampf nach allen Seiten führt im Grunde nur dazu, die beiden Großen gleichermaßen zu verärgern und mit Verachtung zu erfüllen.

Wenn es der FDP gelingen sollte, die Fünfprozentklausel zu erfüllen, so besteht für sie allerdings dann eine Chance, wenn CDU und DP zusammen keine Mehrheit erhalten — für diesen Fall fällt der FDP in der Tat eine Schlüsselstellung zu.

Ganz anders der Wahlkampf der CDU. Sie hat es nicht nötig, ihre Abgrenzungen gegen die anderen zu verwischen, ihre Ziele zu verschleiern, sich anders zu geben als sie ist. Infolgedessen erleben wir in der Bundesrepublik augenblicklich den höchst paradoxen Zustand, daß nicht etwa die Opposition im Wahlkampf die Offensive gegen die Regierung führt, sondern daß die aggressive Regierungspartei die Opposition längst in die Defensive gedrängt hat.

Der Kanzler mit Feuer und Schwert

Und das kam so: Adenauer, der ein untrügliches Organ für Wahlkampfssituationen hat, stellte eines Tages fest, daß die Bürger der Bundesrepublik sich in der falschen

Vorstellung wiegen, eigentlich sei ja gar kein großer Unterschied mehr zwischen der SPD und der CDU. Auf wirtschaftlichem Gebiet hätten sich die Auffassungen immer mehr verwischt und auch auf außenpolitischem werde die SPD — sollte sie wirklich an die Regierung kommen — nicht viel anders handeln können und wollen als heute die CDU; ja, sie bausche die Unterschiede in der außenpolitischen Auffassung sogar künstlich auf, nur um eine glaubhafte Oppositionsbasis zu haben.

Dieser Zustand verschwommener Verbrüderung schien dem Kanzler offenbar gefährlich: es gab eine ganze Reihe Leute, die meinten, nach acht Jahren CDU-Regierung sei es unbedingt nötig, auch den Sozialdemokraten einmal eine Chance zu geben, die sich sonst immer mehr in Obstruktion verrennen würden. Zur wahren Demokratie gehöre nun einmal das Alternieren von Regierung und Opposition und wenn die Opposition ohnehin keine sehr anders geartete Politik machen würde, dann sei es doch eh egal. Wie gesagt, mit der Witterung, die Konrad Adenauer für Macht hat, beschloß er zu handeln. Mit Feuer und Schwert fuhr er in den lauen Wahlkampf: Käme die SPD an die Regierung, so bedeute das den «Untergang Deutschlands», sagte er, und weiter: es gehe zwischen diesen beiden Parteien um die Frage Christentum oder Kommunismus.

Soweit es sich bisher beurteilen läßt, scheint diese Methode die richtige gewesen zu sein. Zu denen, die aus innerer Überzeugung ohnehin des Kanzlers Politik unterstützen, sowie denen, die sich der günstigen wirtschaftlichen Lage bewußt sind und sie erhalten wollen, gesellen sich nun auch noch all die, welche auf keinen Fall das Risiko einer so grundsätzlich veränderten Politik eingehen wollen.

Marion Gräfin Dönhoff

Bericht aus Italien

Der Geist Machiavellis geht um

Wäre die Welt Ende Juni nicht im Banne noch imposanterer Ereignisse gestanden, so hätte zweifellos die Neubildung der italienischen Regierung vor zwei Monaten infolge ihrer tragikomischen Begleitumstände die Titelseiten der internationalen Presse in weit stärkerem Ausmaße gefüllt. Rekapitulieren wir die Ereignisse seit unserem letzten Lagebericht im Aprilheft: der damals noch gemeldete Absprung der Republikanischen Partei aus der demokratischen Viererkoalition bewog wenige Wochen später den sozialdemokratischen Führer Saragat ein gleiches zu tun, wohl vor allem um dadurch der seit Monaten in oszillierender Krise sich hinschleppenden Wiedervereinigung der Rechts- und Linkssozialisten Auftrieb zu verschaffen, bzw. diejenigen seiner Parteianhänger zu beschwichtigen, die diesen neuen Ehebund seit langem herbeisehnen.

Nachdem sich Ministerpräsident Segni durch diesen weitem Abfall nur noch auf das unhaltbar gewordene Zweierteam der Christlichdemokraten und Liberalen stützen konnte, reichte er Staatspräsident Gronchi die Demission seines Kabinettes ein, dem trotz aller Fehler und Mängel beträchtliche Verdienste nicht abgesprochen werden können. Besonders Segni selber hat sich als geschickter Taktiker erwiesen, unter dessen Führung eine Reihe positiver Gesetze und Dekrete die Zustimmung des Parlamentes fand.

Wie schlecht Saragat beraten war, als er durch seinen Austritt aus der Regierung

die zehnjährige Allianz der Democrazia Cristiana mit den drei kleinen demokratisch-laizistischen Parteien (Liberale, Republikaner und Sozialdemokraten, eine Schöpfung des unvergeßlichen De Gasperi!) auffliegen ließ, zeigte sich nur zu balde. Versuche zur Neubelebung der Koalition erwiesen sich als unrealisierbar, schon weil die kleinen Parteien im Hinblick auf die nächstjährigen Parlamentswahlen gerne den Christlichdemokraten allein die Regierungsverantwortung überlassen wollten. So blieb denn dem mit der Regierungsbildung beauftragten Adone Zoli, einem bekannten Florentiner Rechtsanwalt, der aus der Romagna stammt, keine andere Wahl als ein «Governo Monocolore», d.h. eine Einparteiregierung der Christlichen Demokraten allein zu bilden.

Da diese stärkste demokratische Partei aber nicht über die absolute Mehrheit im Parlament verfügt, blieb Zoli keine andere Wahl, als nach Schützenhilfe Aussicht zu halten. Von der Linken — von den Kommunisten über die Sozialisten, Sozialdemokraten bis zu den Republikanern — war kein Sukkurs zu erwarten; erging sich doch ihre Presse unisono in einer wüsten Schmähkampagne gegen das «governo di preti e fascisti» unter dem designierten Ministerpräsidenten, obwohl dieser ja notorisch auf dem Linksflügel der D. C. steht und damit zum Gesinnungskreise des Staatspräsidenten Gronchi gehört, der seine Wahl bekanntlich der massiven Unterstützung durch die Kommunisten und Sozialisten verdankte. Also blieb — Ironie des Schicksals! — nur die Hilfe aus dem Rechtslager, von den Liberalen über die Monarchisten zu den Missini (Neofaschisten). Diese wurde von den letztern beiden um so bereitwilliger gewährt, weil diese Kreise verhindern wollten, daß durch einen Sturz Zolis wieder eine demokratische Mehrparteienkoalition ans Ruder kommen könnte, wovon sie neuerdings ausgeschlossen sein würden. Um in diesem feinen Spiele aber seiner politischen Seele die blütenweiße Unschuld zu erhalten, proklamierte Zoli vor den entscheidenden Abstimmungen coram publico, er werde die etwaigen neofaschistischen Stimmen zu seinen Gunsten auf keinen Fall in Berücksichtigung ziehen. Im Senat erhielt er dann auch ohne deren Hilfe eine schwache Mehrheit, ebenso vorerst in der Kammer, bis eine Nachkontrolle der Abstimmung zwei Tage später feststellte, daß die Zahl der Stimmenthaltungen nicht 11, sondern bloß 9 war, wodurch sich das Quorum um *eine* Stimme erhöhte. Und diese eine Stimme fehlte nun zur Erlangung der Mehrheit ohne den Sukkurs der Missini. Somit blieb Zoli kein anderer Ausweg als Staatspräsident Gronchi seinen Verzicht auf die Regierungsbildung zu erklären.

Gronchi nahm die Demission jedoch nur unter Vorbehalt an und betraute ein attendant den christlichdemokratischen Parteisekretär Fanfani mit der Aufgabe, die Möglichkeit einer Koalitionsregierung zu sondieren. Nach wenigen Verhandlungstagen gab dieser seine Versuche auf, hatte er sich doch erneut überzeugt — eine Überzeugung, die Staatschef Gronchi teilte —, daß eine Allianzregierung bis zu den nächstjährigen Parlamentswahlen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Kurz entschlossen teilte daraufhin Gronchi seinem Gesinnungsfreund Zoli Ende Juni mit, daß er seine Demission nun nicht definitiv annehmen könne, denn er hätte ja im Parlament die Mehrheit erhalten und ein freiwilliger Verzicht auf gewisse Stimmen berührte ihn, Gronchi, in keiner Weise. Für ihn sei er als Ministerpräsident legal gewählt. Und Zoli, dessen Bureau sich wenige Meter vom Palazzo Vecchio, der ehemaligen Wirkungsstätte Niccolò Machiavellis, entfernt befindet, zeigte für dieses bestechende Argument plötzlich ungeahntes Verständnis und setzte sich tags darauf auf den Premiersessel in Rom.

Der Zweck heiligt die Mittel

Vom streng legalen Standpunkt aus betrachtet ist am Schritte Gronchis nichts auszusetzen, aber es gibt eben noch andere Gesichtspunkte. Gerechterweise muß man allerdings zugeben, daß praktisch überhaupt keine andere Lösung möglich war, und wollte Gronchi nicht eine unabsehbare Regierungskrise riskieren, so mußte er zu diesem autoritären Mittel greifen, Kritik hin oder her. Kaum war Ministerpräsident Zoli im

Amt, verfügte er mit seinem Ministerrat als erste Regierungshandlung die Verstaatlichung der beiden letzten Privattelephongesellschaften Italiens und ließ seither gegen die Stimmen der Rechten, die ihn in den Sattel gehoben hatten und nun über seinen «Verrat» zetern, mit denjenigen der ihn zuerst bekämpfenden Linken die Diskussion über die landwirtschaftlichen Pachtverträge in der Kammer beginnen. Ob diese das traditionelle Kündigungsrecht der Landbesitzer im Falle von offensichtlicher Untauglichkeit der Halbpächter stark beschneidenden Gesetzesvorlagen allerdings durchgehen, kann erst nach Wiederaufnahme der Parlamentstätigkeit im Herbste gesagt werden.

Als Aktivum darf das Kabinett Zoli die Tatsache buchen, die Verträge über den Gemeinsamen Markt und das Euratom in Rekordzeit mit sehr beachtlichen Mehrheiten durch Kammer und Senat geschleust zu haben, wobei sich übrigens die Sozialisten Nennis zum ersten Mal seit Jahren in internationalen Belangen eine von den Kommunisten abweichende Stellungnahme gestatteten. Während Togliatti und seine Anhänger nach bekannter Moskauer Devise stur gegen die beiden Projekte opponierten, enthielten sich die Sozialisten in der Abstimmung über den Gemeinsamen Markt der Stimme, während sie den Euratomplan sogar guthießen.

Wir sehen in dieser Einzelschwalbe noch nicht den Frühling einer definitiven Schwenkung der Nennisozialisten ins demokratische Lager, wodurch automatisch auch die Prämisse für ihre Wiedervereinigung mit den Sozialdemokraten Saragatscher Observanz geschaffen würde; aber die Bedeutung der Ereignisse bleibt auch als Einzelfall markant genug. So sehr aber auch eine endgültige Trennung der Sozialisten von den Kommunisten und eine Zusammenarbeit von ihnen mit der demokratischen Mitte zu begrüßen wäre, so bedauerlich würde es andererseits sein, wenn dadurch — womit leider zu rechnen wäre — die liberalen Kreise Italiens, die beinahe allein auf weiter Flur für gesunde Wirtschaftspolitik und Aufrechterhaltung der Privatinitiative eintreten, ihres bisherigen Einflusses in diesem Sinne auf die Regierungstendenz verlustig gehen sollten. Weite Kreise der politisch durchaus zuverlässigen Christlichdemokraten sind in wirtschaftlicher Hinsicht einem Staatsdirigismus zugeneigt, der unheilvolle Perspektiven eröffnet.

Eine Prognose über den Ausgang der nächstjährigen Parlamentswahlen kann heute noch nicht abgegeben werden. Die kürzlich in Sardinien durchgeführten Wahlen ins Regionalparlament brachten sowohl den Monarchisten Lauros wie auch der Democrazia Cristiana und den Sozialisten Stimmengewinne auf Kosten der Kommunisten. Auf eine ähnliche Entwicklung im ganzen Lande zu schließen, wäre gewagt. Ein gewisser Rückgang der kommunistischen Stimmen ist wahrscheinlich, nicht aber die Erringung der absoluten Mehrheit durch die D. C., wie viele ihrer Anhänger glauben. Qui vivra verra.

Südtirol

Nach längerer Ruhepause ist die Südtirolerfrage durch Reden bekannter österreichischer Politiker wieder aktuell geworden. Italienischerseits haben Staatspräsident Gronchi anlässlich der großen Sommermanöver im Südtirol sowie Außenminister Pella dazu Stellung genommen. Beide stehen zum Gruber-De Gasperi-Abkommen, lehnen aber, verständlicherweise, auch nur den Gedanken einer Grenzkorrektur a priori ab, was der Ansicht der überwältigenden Mehrheit der Italiener entspricht. Für sie ist die durch die Mitbeteiligung Italiens am ersten Weltkrieg erreichte Grenzziehung im Nordosten ein für allemal definitiv. Im Zeitalter des unaufhaltsam fortschreitenden intereuropäischen Zusammenschlusses und angesichts der unleugbaren Tatsache, daß heute die Südtiroler sich ihrer Muttersprache wieder frei bedienen können, vermögen wir bei aller Sympathie für sie und allem Verständnis für ihre berechtigten Forderungen keiner extremen Lösung das Wort zu reden. Als Brücke zwischen Deutsch und Welsch hat diese germanische Minorität in romanischem Lande eine wichtige Vermittler-

aufgabe, wie sie z. B. der Bozner «Standpunkt» seit Jahren ausübt. Es mag wohl sein, daß heute im Falle einer Abstimmung eine Mehrheit für die Rückgliederung an Österreich zu erzielen wäre. Läge solche aber im gesamteuropäischen Interesse? Können wir Schweizer Italien guten Gewissens einen Vorwurf wegen der strikten Ablehnung eines Plebiszites über die Staatszugehörigkeit machen, nachdem wir in der uns viel näher liegenden jurassischen Frage einen Immobilismus à outrance zeigen? Und können wir andererseits von Italien erwarten, daß es das Südtirol zu einem Reservat macht, woraus nicht nur die seit 1918 zugewanderten Italiener wieder ausziehen sollten, sondern auch jede Neuzureise aus dem Süden verboten wäre? Verlangen wir Deutschsprechenden etwa von Frankreich, daß es die Ansiedelung von Franzosen in den Departementen Haut und Bas Rhin verhindert, um den Elsäberdialekt nicht zum Aussterben zu bringen? Wobei immerhin erwähnt sei, daß in ganz Südtirol die Kinder auf Wunsch ihrer Eltern in deutscher Sprache auf Staatskosten unterrichtet werden, was im Elsaß kaum der Fall sein dürfte. Die Freizügigkeit innerhalb unseres viersprachigen Landes ist für uns eine Selbstverständlichkeit, wobei es sich notabene um einen Bundesstaat handelt.

Wir leisten den Südtirolern entschieden keinen guten Dienst, wenn wir sie in einer sturen Anti-Italien-Haltung bestärken, die zur Zeit der faschistischen Willkürherrschaft und brutalen Latinisierung durchaus am Platze war. Unterstützen wir sie heute in ihrem berechtigten Bestreben zur Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur als Glieder gesamteuropäischer Kultur und als Mittler zwischen Nord und Süd, Deutsch und Welsch. Wir geben an dieser Stelle auch der Hoffnung Ausdruck, daß das überaus harte Urteil im Pfunderer Mordprozeß bald von einem Appellationengericht revidiert wird, damit dem Vorwurf begegnet werden kann, es handle sich um eine willkürliche Rassenjustiz.

Wirtschaftliches

Wenn im politischen Sektor nicht viel erfreuliches zu melden ist, so lauten die Berichte aus dem Wirtschaftsektor bedeutend besser. Entgegen gewissen pessimistischen Erwartungen hat sich die *industrielle Erzeugung* im ersten Semester gegenüber der gleichen Vorjahrsperiode erneut um beinahe 10% gehoben, was sich auch in einem weitem Rückgange der Arbeitslosenzahl äußert. Weniger gut schneidet die *Landwirtschaft* ab, deren Ertrag durch das schlechte Frühjahrs Wetter, vor allem in Norditalien, empfindlich gelitten hat. So dürfte statt der vor einigen Monaten erwarteten Rekordweizenernte von einer Milliarde Dz. nur ca. 800 Millionen Dz. verfügbar sein, die den Landesbedarf kaum decken dürften.

Recht erfreulich ist hingegen die Entwicklung des *Außenhandels*, wo sich gegenüber dem Vorjahr sowohl auf der Import- als Exportseite eine 20%ige Ausweitung zeigt. Die günstige Devisenlage gestattete mittlerweile eine weitgehende Liberalisierung auch aus der Dollarzone, die umgekehrt italienische Produkte in steigendem Maße aufnimmt. Die Lira wird derzeit am freien Markte sozusagen ohne Disagio gehandelt, sogar nach der Abwertung des Franc, ein untrügliches Zeichen verstärkten Vertrauens, das Italien genießt. Nach wie vor läuft der Tourismus auf Hochtouren; vor allem der Autotourismus mit Camping-Unterkunft nimmt sprunghaft zu.

Überrascht hat die Nachricht von der Einschaltung Italiens in die iranische Erdöl- ausbeute durch die AGIP, ein Tochterunternehmen der staatlichen Erdölholding ENI, während es um die Ausbeutung der italienischen Erdölvorkommen infolge der übersetzten Royalty-Ansprüche recht still geworden ist.

Imponderabilien

Es dürfte angezeigt sein, im zehnten Jahre unserer Berichterstattung auf den großen Prestigezuwachs hinzuweisen, den Italien auf verschiedenen Gebieten buchen

durfte. Im politischen Völkerchor gewinnt seine Stimme ständig an Stärke. Desgleichen in der internationalen Wirtschaft. Im Textilsektor z. B. ist es, vor allem in der Damenmode, zum gefährlichsten Konkurrenten Frankreichs geworden, im Autobau ist seine Linie tonangebend in Europa und Übersee. Seine Luxuszüge sind richtungweisend für die Zukunft, sein Filmschaffen hat Weltgeltung erlangt. Die Italien durch den Gemeinsamen Markt offerierten Möglichkeiten sind angesichts seiner gesunden Wirtschafts- und Devisenstruktur sehr beträchtliche. In der kommenden Absatzzone von 160 Millionen Menschen wird es aller Voraussicht nach einen eminenten Platz einnehmen. Die sprunghaft ansteigenden Kapitalinvestitionen aus dem Ausland bestätigen den optimistischen Ausklang unseres Berichtes.

Peregrinus

Querschnitt durch neue Wirtschafts-Zeitschriften

April bis August 1957

Die lebhafteste Bewegung in der ökonomischen Politik während der Berichtsperiode bescherte uns eine solche Materialfülle, daß ihr Referent sich wegen des nur begrenzt zur Verfügung stehenden Raumes in seinem heutigen «Querschnitt» auf die Erwähnung der wichtigsten Aufsätze beschränken muß. Einleitend sei bemerkt, daß neu in unseren Bericht die «Osteuropa-Wirtschaft» einzureihen war, ein Halbjahresorgan, das erstmalig im August 1956 von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Stuttgart herausgegeben wurde und sich durch wohlorientierte Meldungen aus dem gesamten Gebiete der Wirtschaft im Bereiche des Ostblocks auszeichnet; seine zweite Nummer stammt aus dem letzten Mai.

Internationale Wirtschaftspolitik

Nach wie vor steht die *europäische Integration* für die Wirtschaftspresse im Vordergrund des Interesses; die Zeitschriften bringen auch jetzt noch Artikel, in denen die Leser über Ziele und allgemeine Bedeutung der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Euratom-Vertrages* aufgeklärt werden. Wir können hier auf ihre Zitierung um so eher verzichten, als in der Juliausgabe der «Schweizer Monatshefte» Prof. Marcel Großmann in seinen «Gedanken zur europäischen Wirtschaftsintegration» auch des Inhaltes der Vereinbarungen von Rom über den Europa-Markt gedacht hat. Wir machen in dieser Beziehung nur aufmerksam auf die vorzügliche Arbeit von Fürsprecher Hs. Steffen in den Nrn. 17 vom 26. 4. und 18 vom 3. 5. der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» und auf die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ), die in Nr. 1375 vom 11. 5. die handelspolitischen und in Nr. 1395 vom 13. 5. die wirtschaftspolitischen Aspekte des Gemeinsamen Marktes beleuchtet. — Je stärker im Laufe der Monate mit der Versiertheit der Öffentlichkeit über die Grundzüge des Vertragswerkes gerechnet werden konnte, um so mehr traten in der Fachpresse *Spezialprobleme* der geplanten ökonomischen Kooperation hervor. So behandelten neben der NZZ vom 29. 4. und 2. 5. (Nrn. 1261 und 1276) auch die «Schweizerische Handelszeitung» vom 18. 4. und die Frankfurter «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 1. 4. die *monetären Aspekte* des Gemeinsamen Marktes; die «Handelszeitung» verhehlte dabei ihre Besorgnis nicht, daß die in Rom gewählte Form der Zusammenarbeit eine Quelle inflationärer Ent-

wicklung erschließen könnte. Die gleiche Zeitschrift nimmt am 6. 6. die Beziehungen zwischen Integration und Zahlungsbilanz in nähere Betrachtung. Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 12. 7. nennt die Fiskalzölle «ein Problem der Integrationsbestrebungen». — Die *sozialpolitischen Aufgaben* im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden vom deutschen «Arbeitgeber» am 20. und von der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» am 24. 5. kritisch unter die Lupe genommen. — Mit «*Wettbewerbsrecht* und Europa-Markt» befaßt sich der Präsident des Brüsseler Internationalen Wettbewerbsinstitutes, Professor Dr. K. Junckerstorff, in Nr. 19 der Wiener «Industrie» vom 11. 5. *Großbritannien und die Freihandelszone* bilden das Thema von Betrachtungen in Heft I der «Außenwirtschaft» vom März und in Nr. 1452 der NZZ vom 18. 5. — Zum Abschluß dieses Kapitels sei darauf hingewiesen, daß die *Bedeutung der europäischen Integration speziell für die Schweiz* in zunehmendem Maße von der Wirtschaftspresse aufgegriffen wird. So finden wir in «La Suisse Horlogère» vom 9. 5. und 13. 6., in der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Mai und in der Aprilausgabe der «Revue Economique Franco-Suisse» anregende Darstellungen.

In bezug auf die *übrigen Objekte der internationalen ökonomischen Politik* ist die Anteilnahme in den Wirtschafts-Zeitschriften weiterhin abgeflaut. Unter den Titel: «*Chronique de l'OEEC*» entnimmt «La Suisse Horlogère» vom 16. 5. dem Rapport der Pariser Organisation vorzugsweise die Meldungen über den aktuellen Stand der Liberalisierung. Im Leitartikel der «Schweizerischen Handelszeitung» vom 4. 7. wird der wachsenden Abwehr der OEEC-Staaten gegen die westdeutschen Ausfuhrüberschüsse Erwähnung getan. — Das Interesse der Uhrenindustrie an der *Liberalisierung* betont die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» am 24. 5. — Der Tätigkeit des Leitungskomitees in der *Europäischen Zahlungsunion* widmet der Direktor der Schweizerischen Nationalbank, Alexander Hay, im Märzheft der «Revue Economique Franco-Suisse» seine Feder. Die NZZ Nr. 1462 vom 19. 5. verweist auf die wachsenden Spannungen im europäischen Zahlungsverkehr; auch das Juni-«Bulletin» des Schweizerischen Bankvereins schildert die Probleme der EZU im Lichte der europäischen Währungssituation und gibt Aufschluß über die Mittel zur Verringerung der Überschüsse in der deutschen und zur Verbesserung der defizitären Zahlungsbilanz Frankreichs. Die «Schweizerische Handelszeitung» vom 31. 5. freut sich, feststellen zu können, daß «die EZU der Schweiz wohl bekommen ist». — In der gleichen Zeitschrift wird am 4. 4. der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß das Parlament den Beitritt der USA zur «Organization for Trade Cooperation (OTC)» des *GATT* noch in seiner laufenden Session genehmigt. Die NZZ Nr. 1872 vom 27. 6. enthält unter der Schlagzeile: «*Expansiver Welthandel*» (in Mrd. Dollars 1953 71,27, im zweiten Halbjahre 1956 94,98) Auszüge aus der vom *GATT* veröffentlichten Jahresübersicht für 1956. — «La Suisse Horlogère» vom 25. 4. erinnert an den letzten Bericht der *UNO-Wirtschaftskommission für Europa (CEE)* über die ökonomische Lage auf unserem Kontinent. — Schließlich ist eine in gewohnter Weise freimütige Abhandlung des Genfer Professors Dr. Wilhelm Röpke: «*L'Inflation Larvée*» in «La Suisse Horlogère» vom 11. und 18. 4. hervorzuheben; zu dem gleichen Thema hat sich Röpke auch in dem Wiesbadener «Neuen Journal» vom 24. 4. und 8. 5. geäußert. Das amerikanische Magazin «*Challenge*» vom Juni/Juli prüft die mit einer Verkürzung der Arbeitszeit verbundenen Kosten.

Schweizerische Wirtschaftsprobleme

Hinsichtlich der in der Wirtschaftspresse behandelten *Spezialprobleme der Schweiz* haben die «Volkswirtschaft» und der «Monatsbericht» der Schweizerischen Nationalbank durch die als Beilage zu ihrem Maiheft gebrachte Veröffentlichung der «Mitteilungen Nr. 127» der Kommission für Konjunkturbeobachtung: «*Konjunkturentwicklung und Teuerungsbekämpfung*» der Sache einen guten Dienst erwiesen. Dieser Bericht legt das Gewicht darauf, daß ein Erfolg der Teuerungsbekämpfung von Verhalten

und Einsicht der Wirtschaft und, nicht an letzter Stelle, der Verbraucher abhängt. Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 5. 4. rühmt den hemmenden Einfluß der jüngsten Importhausse auf den Preisauftrieb. In der «Schweizerischen Handelszeitung» vom 18. 4. wird die «Überkonjunktur» für die «Erhitzung» aller Wirtschaftszweige verantwortlich gemacht. Die Warnung des Bundespräsidenten Streuli anlässlich des freisinnigen Parteitages am 25. 5. in Winterthur vor der wirtschaftlichen Treibhausatmosphäre hat nicht nur in der Schweizer Presse, sondern auch im Ausland (z. B. in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 15. 6.) Beachtung gefunden. Im deutschen «Arbeitgeber» vom 20. 6. wird eines Hamburger Vortrages des Professors Friedrich A. Lutz vom 31. 5. über «Wachstum der Wirtschaft und Kaufkraft-erhaltung» gedacht. — Die Erhöhung des schweizerischen *Diskontsatzes* auf $2\frac{1}{2}\%$ am 15. 5. hat die «Schweizerische Handelszeitung» am 16. und 23. 5. sowie die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» am 1. 6. zu beipflichtenden Äußerungen veranlaßt, während «Finanz und Wirtschaft» vom 4. 6. ebenso wie die «Wirtschaftsnotizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft im Juni gegenüber den finanzpolitischen Erfolgsaussichten der Aktion eine abwartende Haltung einnehmen. — «Le niveau de vie de la population salariée» wird von Professor Roger Girod und Luigi Solari (beide Genf) im Heft 1 der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» zum Gegenstand einer fundierten Ausarbeitung gemacht. Dr. E. Schwarb schildert in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 12. 4. die Lage des «Unternehmers zwischen *Preis und Lohn*». Der jüngste Jahresbericht des Schweizerischen Hauseigentümerverbandes, betitelt «Die Wohnwirtschaft 1956», macht im Zusammenhang mit dem amtlich geplanten Abbau der Preiskontrolle spezifizierte Vorschläge auf dem Gebiete der Mietpreispolitik. — Was die *Beschäftigungsdauer* betrifft, so hat während der Berichtsperiode der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller mit den Gewerkschaften am 29. 3. für die Zeit ab 1. 5. eine für die übrige Wirtschaft beispielhaft wirkende Vereinbarung über die stufenweise zu vollziehende Verkürzung der Arbeitszeit getroffen, deren Wortlaut mit Kommentar von der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» am 5. 4. veröffentlicht worden ist; sie wird von Dr. Hermann Häberlin in der «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» vom April als «ein wichtiger Entscheid» gekennzeichnet. — Mit den «Einkommens- und Vermögenssteuern als Gewinnungskosten» befaßt sich Dr. W. Dober in der «Steuer-Revue» vom April. Die gleiche Zeitschrift öffnet im Mai ihre Spalten Dr. Richard Müller zu einem Artikel über das Problem der «Steuer als Instrument der Konjunkturpolitik». Anregungen zur Bundesfinanzreform gibt im Juni der «Monat» des Schweizerischen Bankvereins, und am 14. 6. erörtert Dr. E. Geyer in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» die «Besteuerung der Unternehmungen im Rahmen einer Neuordnung der Bundesfinanzen». «Finanz und Wirtschaft» endlich zieht am 2. 7. gegen «die ungerechte Couponsteuer» zu Felde. — Die bekannte *Kartellinitiative* «gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht» vom 3. 2. 1955 hat während der Berichtszeit in der Schweiz eine lebhaftige Debatte ausgelöst. In den Pressestimmen «für Sie gelesen» der *Wirtschaftsförderung* vom April finden wir eine instruktive Zusammenstellung der bis dahin laut gewordenen Äußerungen zur Kartellfrage. Die «vernichtende Kritik der Initiative» im Nationalrat schildert die «Schweizerische Handelszeitung» vom 13. 6., nachdem sie am 16. 5. zu «Gut und Böse in der Kartellpolitik» Stellung bezogen hatte. Auch die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» begründet unter dem 28. 6. und 5. 7. ihren die Initiative ablehnenden Standpunkt. Den Kampf verschiedener europäischer Staaten gegen Auswüchse der Kartelle behandelt «La Suisse Horlogère» am 27. 6., 4. und 11. 7. — Im übrigen sind noch einige bemerkenswerte Aufsätze anzuzeigen, die *restliche Probleme der Schweizer Volkswirtschaft* behandeln. So befaßt sich der Direktor der *Basler Mustermesse*, Dr. Hermann Hauswirth, in der «Wirtschaft» des Aprils mit den Zielen der von ihm betreuten Veranstaltung und in «La Suisse Horlogère» vom 25. 4. mit der Ausstellung der Uhrenindustrie auf der Messe. Auch die Nr. 3 der «Revue Economique Franco-Suisse» vom März ist der Messe gewidmet. Im «Bulletin» des

Schweizerischen Bankvereins vom Juni lesen wir längere Ausführungen über «Muster-messen und schweizerische Volkswirtschaft». — *Die Grundsätze der schweizerischen Zahlungsverkehrspolitik* werden von Minister Dr. Edwin Stopper, dem Delegierten für Handelsverträge, in der «Außenwirtschaft», Heft IV vom Dezember 1956, erläutert. Die «Wirtschaft» vom Mai ist vornehmlich der schweizerischen *Maschinenindustrie*, diejenige vom Juni dem heimischen *Kraftwerkbau* und im Juli der *Metallbranche* gewidmet. Die Schweizerische Bankgesellschaft hat im Juni einen Sonderbericht von C. Aeschmann (Olten) über die *Energieversorgung* des Landes herausgegeben. — Mit den Differenzen innerhalb der schweizerischen Uhrenverbände in ihrem Verhältnis zur Cadhor-Gruppe beschäftigt sich die «Schweizerische Handelszeitung» am 6. 6.

Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zur Umwelt

Die *Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zur Umwelt* können wir, im Gegensatz zum vorigen Kapitel, gedrängter behandeln. Generell interessiert hierin die Beilage zum Juli-Monatsbericht der Schweizer Nationalbank, die Ermittlungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung über «Die Ertragsbilanz der Schweiz im Jahre 1956» wiedergibt; diese Bilanz, d. h. die Summe von Forderungen und Verpflichtungen aus dem laufenden Verkehr mit Waren, Dienstleistungen und Kapitalerträgen, schloß 1956 mit einem gegenüber dem Vorjahre um mehr als 500 Mill. Fr. verringerten Überschuß, in der Hauptsache weil der Passivsaldo der Handelsbilanz 1956 mit 1334 Mill. Fr. denjenigen von 1955 mit 779 Mill. Fr. fast verdoppelt hat. Im einzelnen: Die schweizerische Ausfuhr nach *Deutschland* im Lichte der deutschen Handelsstatistik zergliedert die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom April. Inhalt und Bedeutung des schweizerisch-deutschen Doppelbesteuerungs-Abkommens schildern «Finanz und Wirtschaft» vom 5. 4., der «Monat» des Bankvereins und die «Wirtschaftsnotizen» der Bankgesellschaft vom Mai. — Die Rechtslage auf dem Gebiete der Vereinbarungen der Schweiz mit *Frankreich* über Doppelbesteuerung wird von Professor R. Plaisant (Universität von Caen) in Heft 11 der «Information» der Internationalen Treuhand AG Basel untersucht. Der schweizerisch-französische Warenaustausch 1956 liefert den Stoff für einen mit Material reich versehenen Artikel in der «Revue Economique Franco-Suisse» im März. Interessenten am Handel mit Frankreich werden die Beilagen zum Maiheft dieser Zeitschrift: «Le régime des échanges commerciaux entre la France et la Suisse» und zur Juniausgabe mit dem Rechenschaftsbericht des Verwaltungsrates in der schweizerischen Handelskammer zu Paris willkommen sein. Die französische Einfuhrpolitik bereitet der «Suisse Horlogère» vom 6. 6. Sorge; und die Aufhebung der Liberalisierung dort am 17. 6. wird von ihr drei Tage später mit Schrecken registriert. — Von der Lage der *italienischen* Industrie 1956 spricht Dr. Alex Casagrande (Rom) in Nr. 14 der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» des 5. 4., von der Währungssituation und Wirtschaft Italiens «Finanz und Wirtschaft» vom 2. 4. Gute Fortschritte in den schweizerisch-*spanischen* Handelsvertrags-Diskussionen meldet die «Schweizerische Handelszeitung» unter dem 25. 4.; die Fühlungnahme führte am 17. 4. zur Unterzeichnung eines neuen Abkommens. — Der in diesen «Querschnitten» früher schon mehrfach zitierte Sekretär der österreichischen Handelskammer in der Schweiz, Dr. F. Martin, liefert der Wiener «Industrie» vom 27. 4. einen Beitrag über den «Export *Österreichs* in die Schweiz und seine Konkurrenten».

Amerikanische Wirtschaftsprobleme

Die sonst von der Wirtschaftspresse aufmerksam verfolgten *Bewegungen in der amerikanischen Ökonomie* sind während der Berichtszeit von der Fülle des übrigen Stoffes stark in den Hintergrund gedrängt worden. Die «Schweizerische Handelszeitung»

vom 25. 4. verweist auf die Stagnation in der Produktionssteigerung der USA. Das «Neue Journal» vom 5. 6. wartet mit dem reich bebilderten Aufsatz «Amerikas Lebensstandard steigt» auf. Wieder in der «Handelszeitung», diesmal am 20. 6., sind für die Einfuhr von Schweizer Uhren in den USA ungünstige Nachrichten handelspolitischer Natur zu lesen, und «La Suisse Horlogère» vom 4. 4. gedenkt einer Ansprache des schweizerischen Generalkonsuls Gasser in New York am 13. 3., von der sie den Abschnitt über die «relations horlogères américano-suisses» wiedergibt. Die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Juni enthalten die lobende Rezension eines Vortrags, den Professor Dr. Behrendt über das Problem der unentwickelten Länder in Essen gehalten hat; man möge sich erinnern, daß diese Materie erstmalig von dem damaligen amerikanischen Präsidenten Truman am 20. 2. 1949 angeschnitten worden und seitdem nicht mehr zur Ruhe gekommen ist.

Kommunistische Wirtschaft und West-Ost-Handel

Auch zu dem in unseren «Querschnitten» üblichen Thema *der kommunistischen Wirtschaft und des West-Ost-Handels* können wir uns kürzer als sonst fassen, weil Alexander Korab in den «Schweizer Monatsheften» vom Juli die Reform der Wirtschaftsverwaltung in der Sowjetunion ausführlich erörtert hat; zudem verfügen wir in der neu aufgenommenen «Osteuropa-Wirtschaft» jetzt über eine vorzügliche frische Informationsquelle für ökonomische Begebenheiten im kommunistischen Lager. Am Ostgeschäft Interessierten kann ihr Studium nur dringend empfohlen werden. Insbesondere möge beispielsweise auf den Artikel von Dr. Hans Bräker «Die *sowjetische Wirtschaft* in ihren Außenbeziehungen» in Heft 2 dieser Zeitschrift vom Mai und auf die die Ausgabe 1 vom August 1956 abschließende genaue Statistik des Außenhandels verwiesen sein, den westeuropäische Staaten von 1947 bis 1954 mit Ost- und Südosteuropa getrieben haben. Gleichsam als Ergänzung erscheint ein in der Wiener «Industrie» vom 30. 3. wiedergegebener Vergleich der Produktionssteigerung in den USA mit derjenigen in der Sowjetunion durch das Berliner «Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung»; er zeigt an Hand von Einzelbeispielen aus der gewerblichen Erzeugung, daß sich innerhalb eines Jahrzehnts das Verhältnis der sowjetischen Industrieproduktion zu jener der USA von etwa einem Drittel auf fast die Hälfte gesteigert hat. Die Frankfurter Halbmonatsschrift «Gegenwart» erläutert am 18. 5. «Chruschtschews Wirtschaftsreform» und betitelt am 1. 6. den wohlinformierten Beitrag ihres Stockholmer Mitarbeiters J. F. Deck «Massenkonsum und Rüstung im Sowjetbudget». Das «Zwielicht», das die politische Propaganda über den *West-Ost-Handel* verbreitet, liefert der «Schweizerischen Handelszeitung» vom 4. 4. den Stoff zu redaktionellen Betrachtungen; am 13. 6. spricht sie von der eingetretenen Belebung im Rußland- und Chinageschäft der Schweiz (im ersten Quartal 1957 gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres Steigerung der Einfuhr aus der Sowjetunion mit Satelliten um 25,48 Mill. Fr., der Ausfuhr dorthin um 4,42 und derjenigen nach China um 33,69 Mill. Fr.). Die NZZ Nr. 1453 vom 18. 5. kommentiert die Verhandlungen auf der west-östlichen Wirtschaftskonferenz dieses Monats in Genf als «nüchtern und illusionslos». Endlich möge man in den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Mai die Arbeit «Staatswirtschaftliche Ansteckungsgefahren im Osthandel» beachten, die das Blatt in der Gefahr einer zwangsläufig sich einstellenden Einmischung des Staates in das Wirtschaftsleben erblicken möchte.

Sonstige erwähnenswerte Artikel wirtschaftlichen Inhaltes

Ebenso wie in unseren früheren «Querschnitten» sind auch heute die Titel (und nur diese) einiger bemerkenswerter Artikel anzuzeigen, die sich mit hier bisher nicht erwähnten Gebieten der Wirtschaftspolitik befassen. Im amerikanischen «Challenge»

vom April verweist dessen häufiger Mitarbeiter Egon Kaskeline auf die «Lücke in der europäischen Energieversorgung». E. N. Shaffer (Bombay), dessen wiederholte Beiträge wir in den «Schweizer Monatsheften» mit Interesse verfolgt haben, klärt uns im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom April über «wirtschaftspolitische Argumente bei den indischen Wahlen» (vom Februar und März zum Zentralparlament und zu den Gesetzgebenden Körperschaften in den Gliedstaaten) auf. Gottlieb Duttweiler ist ein umfangreicher Aufsatz im «Neuen Journal» vom 8. 5. gewidmet. Im «Schweizerischen Handelsblatt» vom 23. 5. wird ein Referat zum Abdruck gebracht, das Dr. h. c. Walter Boveri bei der Einweihung des ersten Atomreaktors der Schweiz am 17. 5. unter dem Stichwort «Grundlage für den Fortschritt» gehalten hat. Im Juni beschäftigt sich der Leitartikel der «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» mit dem Aufsatz «Gegenwart und Zukunft», den die «Schweizer Monatshefte» aus der Feder des Psychologen C. G. Jung als Sonderbeilage im März veröffentlicht haben. Der Schwerpunkt in der «Agrarpolitischen Revue» vom Mai/Juni liegt auf der Wiedergabe des Vortrages von Professor Dr. Ernst Laur «Die schweizerische Bauernpolitik im Lichte einer höheren Lebensauffassung». Zum Schluß wollen wir aus der «Gegenwart» vom 29. 6. die interessanten Betrachtungen «Zauberwort Produktivität», «Frankreich in der Wachstumskrise» und «Italien auf dem Weg zum Industriestaat» lobend hervorheben.

Hans Posse